

#WIRSINDUNVERZICHTBAR

Sozial- und Erziehungsberufe - #wirsindunverzichtbar

Liebe/r Kollege/in,

dieser Newsletter richtet sich an ver.di Mitglieder aus allen Bereichen der Sozialen Arbeit. An Beschäftigte in den Kitas, in der Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe oder in der Schulbetreuung, sowie an Unterstützer*innen der ver.di Kampagne **#wirsindunverzichtbar**. Mit unserem Newsletter halten wir dich auf dem Laufenden. Über die Arbeit des Bundes- sowie der Landesfachbereiche, aktuelle Entwicklungen in Folge der Corona-Pandemie und natürlich den Stand der Kampagne. Wir freuen uns über Hinweise, Anregungen und auch Kritik an: sue@verdi.de

Unsere Kampagne #wirsindunverzichtbar

Endspurt bei der Unterschriftensammlung!

Gebt noch einmal alles und rührt die Werbetrommel für unseren **Offenen Brief**! Bis zum 14. Juni kann der Brief unterzeichnet werden und jede einzelne Unterschrift zählt. Bereits mehr als 40.000 Menschen unterstützen unsere Forderung, die Soziale Arbeit deutlich aufzuwerten. Das ist beeindruckend! Aber da geht noch mehr. Die aktuelle Pandemie verschärft die ohnehin schon schwierige Situation für viele Beschäftigte in der Sozialen Arbeit weiter. Und genau

Situation für viele Beschäftigte in der Sozialen Arbeit werden. Und genau deshalb brauchen wir eine auskömmliche Finanzierung der Sozialen Arbeit, höhere Löhne, guten Gesundheitsschutz und mehr Personal. Denn Soziale Arbeit ist unverzichtbar – immer.

Einmischen, mitmischen, etwas bewegen!

Nächste Woche ist es soweit: Gemeinsam mit der stellvertretenden ver.di- Vorsitzenden Christine Behle werden drei in ver.di aktive Kolleg*innen aus der Sozialen Arbeit den Offenen Brief und alle Unterschriften an die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) übergeben. Verbunden mit der dringenden Aufforderung, tätig zu werden.

Im Ministerium wartet man schon auf unseren Offenen Brief: In der Stellungnahme zum Positionspapier von ver.di bezüglich der **Kriterien zur Öffnung der Kitas** wurde unser Offener Brief ausdrücklich erwähnt. Es bringt also etwas, sich einzumischen. Klar ist aber auch, wir müssen weiter dranbleiben. Daher übergeben wir den Offenen Brief auch an die politisch verantwortlichen Akteur*innen in den einzelnen Bundesländern. Und bei der Bundesfamilienministerin werden wir natürlich zu gegebener Zeit nachhaken!

Umfassende Unterstützung!

Es gibt viele gute Gründe, unseren Offenen Brief zu unterzeichnen! Auf mehrbrauchtmehr.de erzählen Auszubildende, Studierende und Wissenschaftlerinnen, wieso sie unsere Kampagne unterstützen. Mit dabei sind: Prof*in Dr*in Barbara Schäuble von der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH), Prof*in Dr*in Bettina Hünersdorf von der Martin-Luther-Universität Halle und Vorständ*in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Lisa Görwitz, die an der ASH Soziale Arbeit studiert, Alina Eigen und Samantha Lembke, beide Auszubildende in der Praxisorientierten Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin. Alle Videos der Kampagne sind online auch auf dem ver.di-youtube Kanal zu finden unter: <https://www.youtube.com/user/verdi tv>



Aktuelles

Besondere Belastung in der Behindertenhilfe

Die Beschäftigten in der Behindertenhilfe sind während der Corona-Pandemie extrem gefordert. Sie tragen die Verantwortung für Menschen mit einem besonderen Schutzbedarf. Gleichzeitig sind Maßnahmen zum Infektionsschutz bei Menschen mit geistiger oder psychischer Beeinträchtigung schwer umzusetzen. Die Erzieherin Doro Bosch, Mitglied in der Mitarbeitervertretung der diakonischen Einrichtung Marienberg, spricht **hier** über die Situation in der Behindertenhilfe. In der Einrichtung, in der sie arbeitet, gab es über 100 Corona-Infizierte. ver.di und die Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. **fordern gemeinsam** eine bessere Ausstattung der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung mit Schutzausrüstung, Tests und die Zahlung einer Corona-Prämie für die Kolleginnen und Kollegen

Corona: Kurzarbeit für Beschäftigte, drohende Insolvenzen für freie Träger

Von Kurzarbeit betroffen sind auch Hunderttausende Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst sowie der Behindertenhilfe. Genaue Zahlen sind noch nicht verfügbar. Die Statistik der Bundesagentur differenziert nach Branchen. In der Kategorie Bildung und Erziehung sind 11,1 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit. Im Bereich Gesundheit und Soziales sind es immerhin 8,1 Prozent und selbst im öffentlichen Dienst befindet sich momentan ein Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit. Geht man allein für den Bereich Bildung und Erziehung von mindestens 1,8 Millionen Beschäftigten (Kitas, Schulen, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe usw.) aus, sind für diesen Bereich mehr als 180.000 Beschäftigte in Kurzarbeit zu erwarten. Das sind dramatische Zahlen!

Ein konkretes Beispiel: Durch die Corona-bedingten Betretungsverbote sind viele freie Träger der außerschulischen Bildungsarbeit in ihrer Existenz bedroht. Verschiedenste Träger haben sich daher zu einer Initiative zusammengeschlossen, um auf die Situation **von etwa 50.000**

Beschäftigten in rund 2.000 Bildungsstätten und Landschulheimen aufmerksam zu machen. Sie fordern staatliche Unterstützung, da Schulen bundesweit die Klassenfahrten bis zum Ende des Jahres abgesagt haben.

Noch ein Grund mehr, die Forderungen in unserem **Offenen Brief** mit einer Unterschrift zu unterstützen. Die Politik ist dringend aufgefordert, die soziale Infrastruktur sicherzustellen.

Bitte nachmachen!

Den Kolleg*innen in der Persönlichen Assistenz in Berlin ist **etwas Außergewöhnliches** gelungen: Der Abschluss eines Tarifvertrages! Denn Tarifverträge haben in der Persönlichen Assistenz einen echten Seltenheitswert. Entstanden ist die Persönliche Assistenz aus der »Krüppelbewegung« der 1970er Jahre. Die Assistent*innen ermöglichen den schwer behinderten Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben in ihrem eigenen Zuhause. Sie arbeiten stark vereinzelt und begegnen sich in ihrem Arbeitsalltag selten. Bei ambulante Dienste e.V. und der Neue Lebenswege GmbH in Berlin ist die gewerkschaftliche Organisation trotzdem gelungen. Mit Hilfe von Chatgruppen und regelmäßigen Treffen. Mittlerweile ist fast jede*r dritte Beschäftigte ver.di-Mitglied.

Ende April bzw. Mitte Mai wurden die Haustarifverträge unterzeichnet. Rückwirkend zum 1. Juli 2019 werden insgesamt fast 1.000 Kolleginnen und Kollegen in beiden Gesellschaften erstmals nach Tarifvertrag bezahlt. Die Einkommen steigen zumeist um zweistellige Prozentbeträge. Weitere Verbesserungen bringt die Angleichung an den Länder-Tarifvertrag (TV-L) mit sich. Zunächst hatte sich der Tarifabschluss immer wieder verzögert – obwohl Land und Pflegekassen die Refinanzierung der tariflichen Bezahlung im Mai 2019 zugesagt hatten. Doch für die Kolleginnen und Kollegen hat es sich ausgezahlt, dass sie drangeblieben sind. Außergewöhnlich war auch, dass Mitglieder der ver.di-Tarifkommission an den Verhandlungen mit den Kostenträgern direkt teilnehmen konnten.

Neue FAQ's rund um den Arbeitsschutz in Zeiten der Pandemie

Große Sprünge statt stufenweise Öffnung: Das gilt bundesweit auch in den Kindertagesstätten und den sozialpädagogischen Angeboten in den Schulen. Die Träger werden vor kaum lösbare Herausforderungen gestellt und die Fachkräfte überlastet. Wir haben einen **Flyer** zu den drängendsten Fragen rund um den betrieblichen Arbeitsschutz und den

Schrittweise Öffnung der Kitas - Deutsches Jugendinstitut stellt Berechnungsinstrument vor

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Jugendhilfestatistik an der TU Dortmund (AKJStat) ein **Berechnungsinstrument** veröffentlicht, welches Politik und Träger bei der stufenweisen Öffnung der Kitas unterstützen soll. ver.di steht diesem Instrument kritisch gegenüber.

Das Instrument bietet die Möglichkeit, die Effekte unterschiedlicher Gruppengrößen auf die Betreuungsquote der bislang gemeldeten Kita-Kinder hochzurechnen. Dabei wird berücksichtigt, dass Teile des Personals aufgrund der Corona- Pandemie nicht zur Verfügung stehen. Beachtlich dabei sind die Grundannahmen: Die über 60-jährigen Fachkräfte werden bei den Berechnungen ausgenommen, aber andere Kolleg*innen der Risikogruppe sind lediglich in der sogenannten »Ausfallquote«, welche sich auf Urlaub, Krankheit und Fortbildungen bezieht, eingerechnet. Diese Ausfallquote wird mit 20 bis 25 Prozent angegeben. Damit wird sie in Zeiten der Pandemie nur fünf bis 10 Prozent höher angesetzt als im **Zwischenbericht** der Bund-Länder-Arbeitsgruppe aus dem Jahr 2016. Auch werden die Hortkinder in den Berechnungen nicht berücksichtigt. Das Personal und die Räumlichkeiten für dieses Arbeitsfeld werden jedoch bei den zur Verfügung stehenden Betreuungskapazitäten eingerechnet. Die maximale Gruppengröße von fünf Kindern taucht nur noch im U3-Bereich auf.

Basierend auf diesen Ausgangswerten kommt das DJI zu dem Ergebnis, dass 40 bis 53 Prozent der aktuell gemeldeten Kita-Kinder mit dem vorhandenen Personal im eingeschränkten Betrieb betreut werden können. Zugrunde liegen diesem Ergebnis allerdings schlechtere Personalschlüssel bzw. größere Gruppen als vielfach durch die Landesgesetze vorgesehen.

***Praxisintegrierte Ausbildung und
Sozialversicherungspflicht***

Premiere im Jahr 2018: Die betrieblich-schulischen Ausbildungen in den Sozial- und Gesundheitsfachberufen wurden erstmals im öffentlichen Dienst der Kommunen und der Länder tarifiert. Dazu gehört u.a. die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung. Infolgedessen wurden die Auszubildenden in der Sozialversicherung angemeldet und entsprechende Beiträge abgeführt. Dies war der Erfolg vieler junger Menschen, die sich in ver.di organisiert und selbstbewusst ihre Interessen vertreten haben.

Böses Erwachen im Oktober 2019: Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen vertrat in einem Schreiben gegenüber der Tariftgemeinschaft deutscher Länder die Ansicht, dass die Versicherungspflicht für die Auszubildenden in den Gesundheitsfachberufen grundsätzlich nicht eintreten könne, da die praktische Ausbildung von der Berufs- oder der Fachschule gelenkt wird. ver.di hat daraufhin umgehend die Initiative ergriffen und die kurzfristige Wiederherstellung des Versicherungsschutzes gefordert. Die Tariftgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber unterstützten diese Forderung. Um die Einbeziehung der Auszubildenden in praxisintegrierten Ausbildungen in die Sozialversicherungspflicht weiterhin sicherzustellen, schlug ver.di eine gesetzliche Klarstellung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vor.

Aufatmen im Jahr 2020: Die Bemühungen hatten Erfolg. Die gesetzliche Neuregelung ist nunmehr Bestandteil des vom Bundestag beschlossenen siebten Gesetzes zur Änderung des vierten Buchs des Sozialgesetzbuchs. Sofern der Bundesrat keinen Einspruch erhebt, tritt die Neuregelung zum 1. Juli 2020 in Kraft. Auch für die Auszubildenden in praxisintegrierten Ausbildungen zur*in Erzieher*in ist aufgrund dieser gesetzlichen Neuregelung die Einbeziehung in die Sozialversicherungspflicht gesichert. Neben dem Krankenversicherungsschutz erwerben die Auszubildenden nun Anwartschaftszeiten in der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Die Regelung gilt für alle Ausbildungen, die ab dem 1. Juli 2020 beginnen. Bereits vor dem 1. Juli 2020 begonnene Ausbildungen profitieren von einer Übergangsregelung. Sollten vor dem 1. Juli 2020 keine Beiträge bezahlt worden sein, kann der Arbeitgeber unter Zustimmung der*s Auszubildenden Beiträge für die Zukunft zahlen. Mit Aufnahme der Beitragszahlungen beginnt auch die Versicherungspflicht.

Aus den Landesbezirken

Hamburg - Beifall reicht nicht



Stellvertretend für die etwa 100.000 Beschäftigten der öffentlichen Daseinsvorsorge in Hamburg versammelten sich coronagemäß rund 50 in ver.di aktive Kolleg*innen am 26. Mai 2020 auf dem Hamburger Rathausmarkt. Sie machten deutlich: Sonntagsreden und Beifall reichen nicht – wir wollen mehr! Die Kolleg*innen aus Kitas, Sozialer Arbeit, öffentlichen Verwaltungen und Entsorgungsbetrieben forderten hochwertigen und ausreichenden Arbeitsschutz, bedarfsgerechte Ausstattung mit Personal und einen Schutzschirm für die Daseinsvorsorge. [Hier](#) siehst du weitere Bilder und erfährst mehr über die Aktion.

Hessen – Webinar zur Selbstsorge für Beschäftigte der Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe

Die neuen Walkingstöcke stehen im Flur und der Wald um die Ecke ist der ideale Ort für Spaziergänge. Dein Arbeitgeber bietet sogar einen kostenlosen Entspannungskurs an. Und dann regnet es und nach der Arbeit bist du total müde. Weder der Wald noch der Entspannungskurs bekommen dich zu sehen. Eigentlich weißt du, was dir guttun würde, aber sehr häufig gewinnt dein innerer Schweinehund. Kommt dir das bekannt vor? Dann haben wir genau das Richtige für dich! Der Landesbezirk Hessen bietet ein interaktives Webinar an, in dem dein persönlicher Schweinehund unter die Lupe genommen wird. Gemeinsam werden erste Schritte geübt, diesen inneren Schweinehund liebevoll zu enttuschen. Eine Teilnahme ist auch für Kolleginnen und Kollegen außerhalb Hessens möglich. Weitere Infos findest du [hier](#). Anmeldung unter Angabe der ver.di Mitgliedsnummer an: fb07.hessen@verdi.de

Nordrhein-Westfalen – Corona: So sieht der Alltag wirklich aus

Es erreichen uns viele Berichte, in denen Beschäftigte aus den Sozial- und Erziehungsberufen ihre Situation in der Corona-Krise schildern. Hier erzählt eine Beschäftigte aus Nordrhein-Westfalen:

"Ich arbeite in einer städtischen Offenen Ganztagschule. Zu Hause habe ich meine Mutter mit Pflegegrad und meinen Vater, der schwer herzkrank ist. Ich gehe zurzeit arbeiten. Dafür bringe ich meine drei Kinder in eine Notbetreuung, jedes Kind in eine andere Einrichtung. Denn eines ist ein Schulkind, und die zwei anderen kommen in jeweils unterschiedliche Kitas. Hintergrund ist, dass mein Jüngster letztes Jahr keinen Platz in der Kita meiner Tochter erhalten hat. Somit habe ich vier Einrichtungen mit möglichen Infektionsketten – die drei der Kinder und meinen eigenen Arbeitsplatz. Zugleich versorge ich meine schwer kranken Eltern zu Hause. Sie müssen z.B. zu Ärzten gefahren werden. Lehrer dürfen zu Hause Homeoffice machen, ich aber muss präsent sein. Meine Frage ist: Hätte ich da nicht auch Anspruch auf Homeoffice? Ich betreue zurzeit zwischen einem und vier Kinder in den Notgruppen, es macht auch Spaß und ich weiß, dass Personalmangel ist. Aber ich finde, das Risiko ist einfach recht hoch, dass ich vielleicht doch etwas mit nach Hause bringe und meinen Eltern dann etwas passiert."

PS: Auf unserer Homepage haben wir **Antworten** auf die häufigsten arbeitsrechtlichen Fragen während der Corona-Pandemie zusammengestellt. Du kannst dich mit solchen Fragen aber auch direkt an deine*n **Gewerkschaftssekretär*in** vor Ort wenden.

Soziale Arbeit hat ein Gesicht

In jedem Newsletter stellen wir ver.di Aktive aus den verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit vor. Diesmal porträtieren wir Susanne Hickmann, die Erzieherin in der Betriebskita des Uniklinikums Essen ist.

"Es bringt nichts, nur zu Hause rumzusitzen"

Ohne Susanne Hickmann und ihre Kolleg*innen könnten viele Mitarbeiter*innen des Krankenhauses nicht arbeiten: Die Erzieher*innen der Betriebskita des Uniklinikums Essen sorgen dafür, dass die Kinder der Beschäftigten betreut werden. Und zwar an allen Werktagen im Jahr, von 6 bis 19 Uhr. »Wir sind immer da«, betont Susanne. »Auch im Zeichen der Corona-Pandemie haben wir die ganze Zeit gearbeitet.« Doch Systemrelevanz hin oder her: »Unsere Arbeit wird nicht honoriert«,

stellt die 53-Jährige fest. Finanziell nicht. Und auch sonst nicht. »Als Betriebskita stehen wir im Klinikum nicht gerade im Fokus«, sagt Susanne. Der ärztliche Direktor würdige in seinen Videobotschaften viele Berufsgruppen, doch die Erzieherinnen und Erzieher habe er noch nie erwähnt. Mit welchen Mitteln Susanne sich für mehr Wertschätzung einsetzt und ob sie damit erfolgreich ist, liest du [hier](#).

Verschiedenes


Deine Meinung ist gefragt!

Die Wissenschaftlerin Mai Thi Nguyen-Kim versucht in ihrem [neuesten Video](#) die Diskussion um die Öffnung der Kitas zu versachlichen. Sie warnt davor, einfach zum Alltag zurück zu kehren. Und sie bittet die Beschäftigten aus Schulen und Kitas um ihre Meinung. Also haut in die Tasten und schreibt Mai Thi Nguyen-Kim, was in der Öffentlichkeit bisher zu wenig diskutiert wird.

Folgt uns



Diesen Newsletter erhältst du als ver.di-Mitglied im Sozial- und Erziehungsdienst und als Unterstützer*in der Kampagne [#wirsindunverzichtbar](#). Sofern du grundsätzlich keine Newsletter mehr von ver.di erhalten möchtest, teile uns dies bitte [hier mit](#). ☐ Solltest du diese Mail fälschlicher Weise erhalten haben, dann teile uns dies bitte umgehend mit. Nutze dafür unser [Online-Kontaktformular](#).

Wenn du diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchtest, dann klicke bitte [hier](#) 

Telemediengesetz (TMG):

Christine Behle (stellv. Vorsitzende, Fachbereichsleiterin)

Sylvia Bühler (Fachbereichsleiterin)

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10

10 179 Berlin

[Kontakt](#) **[Impressum](#)** **[Datenschutz](#)**